

Zur Ökonomik der Kriegswirtschaft und ihrer Inflation ...

05.02.2023 | [Prof. Dr. Thorsten Polleit](#)

"Der Friedenszustand ist allein der unter Gesetzen gesicherte Zustand des Mein und Dein in einer Menge einander benachbarter Menschen."
- Immanuel Kant, Die Metaphysik der Sitten, 1797

Diskussion

Der russische Präsident Vladimir Putin scheint die russische Wirtschaft umbauen zu wollen: Die volkswirtschaftliche Produktion wird per Staatseingriff zusehends auf Waren ausgerichtet, die für die Kriegsführung dringend benötigt werden.¹ In der Ökonomik spricht man in diesem Zusammenhang von "Kriegswirtschaft". Im ZDF wurde jüngst diese Frage erörtert: "Braucht Deutschland eine Kriegswirtschaft?"². Die Diskussion um diese Frage wurde auch beispielsweise von Wolfgang Ischinger, früherer Top-Diplomat und langjähriger Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, thematisiert.³ Manfred Weber, Vize-Chef der bayerischen CSU, wurde zitiert mit den Worten: "Wir brauchen - auch wenn der Begriff kein einfacher ist - eine Art Kriegswirtschaft in der EU, um Stabilität und Sicherheit gewährleisten zu können".⁴

Aus rein ökonomischer Sicht hätte die Einrichtung einer Kriegswirtschaft (vor allem) für die Volkswirtschaften des Westens überaus tiefgreifende Folgen. Es gibt dabei vor allem zwei Aspekte, die in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung sind:

(1.) die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht und

(2.) die Art und Weise, wie die Kriegswirtschaft finanziert wird. Wie die nachfolgende rein ökonomische Betrachtung deutlich machen wird, können beide Aspekte zu einer zunehmenden Abkehr von marktwirtschaftlichen Grundlagen führen, der wiederum Wohlstand und Freiheit der Bürger und Unternehmer in erheblichem Maße einschränken kann. Für eine abschließende Diskussion sind die Überlegungen in diesem Artikel natürlich durch politische Aspekte zu ergänzen - die aber in diesem Aufsatz nicht angestellt werden.

Ad (1.): Noch gegen Ende des 19. Jahrhunderts war der Heereskrieg die vorherrschende Kriegsform. Das bedeutete, dass die Kriegshandlungen im Grunde auf die Söldnerheere beschränkt waren. Die Zivilbevölkerung nahm nicht aktiv am Kriegsgeschehen teil. Man unterschied vielmehr zwischen kämpfenden Soldaten (Kombattanten) und nicht-kämpfenden Bürgern (Nicht-Kombattanten). Zwar wurde bei Heereskriegen die Zivilbevölkerung leider nicht selten ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen (indem sie besteuert, ihr Hab und Gut geschädigt, sie nicht selten auch Opfer von Gewaltausbrüchen wurde), aber es gab dennoch die allseits anerkannte Trennung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten.

Das änderte sich mit der Idee, der Krieg solle nicht mehr nur Angelegenheit zwischen den kriegsführenden Söldnerheeren sein, sondern er solle alle Personen angehen, die nur irgendwie als für den Krieg tauglich befunden werden. Die alles verändernde Idee war die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Das bedeutet, dass der Staat zunächst nur einen Teil der wehr- und kriegsfähigen Personen einzieht und für die Kriegsführung schult. Doch dabei bleibt es nicht im Ernstfall. Man denke hier beispielsweise an die Geschehnisse im Ersten und Zweiten Weltkrieg: Immer mehr wehr- und kriegstaugliche Männer wurden eingezogen.

Dadurch wurden die Arbeitskräfte im Hinterland, die zur Versorgung von Armee und Zivilbevölkerung erforderlich waren, zusehends knapp. Daraufhin begann der Staat beziehungsweise die Militärführung, nicht nur zwischen Kriegstauglichen und Nicht-Kriegstauglichen zu unterscheiden, sondern auch zwischen abkömmlichen und unabkömmlichen Bürgern.

Die für die Versorgung der Armee unabkömmlichen Männer wurden nicht in die Kampftruppen eingereiht, sondern blieben zu haus, und die als abkömmlich eingestuften Männer zogen in den Krieg. Die Militärführung verfügte damit unmittelbar über die Verwendung und Einteilung der Arbeitskräfte. Diese Aufgabe erfüllte also nicht mehr das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage im freien Arbeitsmarkt.

Doch damit nicht genug: Denn eine allgemeine Wehrpflicht will jeden, der zum Krieg als tauglich angesehen

wird, zum Krieger machen. Daher wird die Militärführung bald befehligen, dass einige der Arbeiten im Hinterland, die bislang von unabkömmlichen wehr- und kriegstauglichen Männern wahrgenommen wurden, auch von den bislang als nicht kriegstauglich angesehenen Personen (Frauen, Alten, Kranken, Schwachen, Kindern) übernommen werden.

Der Anteil der für die Kriegshandlungen Abkömmlichen an der Gesamtbevölkerung steigt, und entsprechend nimmt der Anteil der für die Kriegshandlungen Unabkömmlichen ab. Und weil dadurch auch die eigentlich Kriegsuntauglichen zusehends einem Dienstzwang zu Erledigung der Arbeiten, die von der Militärführung für die Kriegsführung als unverzichtbar angesehen werden, unterworfen werden, untersteht der Militärführung dann früher oder später die ganze Bevölkerung.

Unter dieser Bedingung kann die Mobilmachung allumfassend werden: Potentiell die gesamte Bevölkerung kann schließlich einbezogen werden in die Kriegsführung beziehungsweise in die Erzeugung der Güter, die zur militärischen Kampfführung erforderlich sind. So gesehen kann die allgemeine Wehrpflicht - wenn sich ihre Logik im Ernstfall schrankenlos entfaltet - eine wohlmöglich ungewollte Folge haben: Denn jede der Kriegsparteien wird dann nicht nur die Soldaten des gegnerischen Landes als Kombattanten ansehen, sondern auch dessen Zivilbevölkerung - also Soldaten und Zivilbevölkerung werden womöglich zum Ziel der Kriegshandlungen.

Inflation

Ad (2.): Der Staat kann seine Kriegsausgaben finanzieren, indem er Steuern eintreibt. Man denke nur an die Sektsteuer, die vom Deutschen Reichstag 1902 beschlossen und die zum Bau der Kaiserlichen Kriegsflotte verwendet wurde (und obwohl die Kaiserliche Flotte nicht mehr existiert, gibt es die Sektsteuer noch heute. Ein Beispiel, das zeigt: Steuern, werden sie erst einmal erhoben, lassen sich nur schwer oder gar nicht mehr aus der Welt schaffen). Steuererhöhungen zur Finanzierung von Krieg sind in der Regel besonders unbeliebt. Und wenn Staaten die Netto-Steuerzahler bereits hoch besteuern, sind die verbliebenen Spielräume, die Steuern in Kriegszeiten weiter zu erhöhen, rasch ausgeschöpft.

Der Staat wird dann auf die Verschuldung ausweichen, um die Kriegsausgaben zu finanzieren. Wenn die Menschen Vertrauen haben in die Bereitschaft und Fähigkeit des Staates, seine Zins- und Tilgungspflichten nachzukommen, dann werden sie bereit sein, ihm ihr Geld gegen einen Zins zu leihen.

Für beide Seiten scheint das ein vorteilhaftes Geschäft zu sein: Private Sparer verleihen ihr Geld freiwillig an den Staat, und der Staat bekommt Geld, ohne dafür unmittelbaren Zwang ausüben zu müssen. Wenn allerdings die Verschuldung des Staates bereits sehr hoch ist, wenn sich auf den Kapitalmärkten bereits Zweifel an seiner Kreditwürdigkeit zeigen, dann schwindet die Möglichkeit für den Staat, sich auf den Kreditmärkten zu bezahlbaren Zinsen neues Geld beschaffen zu können.

Der Staat wird sich dann an seine Zentralbank wenden: Sie erhält den Auftrag, neu ausgegebene Staatsanleihen zu kaufen und sie mit neu geschaffenem Geld zu bezahlen. Es handelt sich dabei de facto um nichts anderes als "Geldschaffen aus dem Nichts". Die Vermehrung der Geldmenge treibt die Güterpreise in die Höhe (in Kriegszeiten umso mehr, weil das Angebot von Konsum- und Produktionsgütern sich meist zusehends verknapp). Die Folge: Güterpreisinflation. Die Geldmengenvermehrung, die die Kaufkraft des Geldes herabsetzt, ist nichts anderes als eine "Inflationssteuer", mit der die Bevölkerung zur Kriegsfinanzierung zur Ader gelassen wird.

Die Inflation der Güterpreise sorgt jedoch nicht nur für verschärzte wirtschaftliche und finanzielle Bedrängnis und Not bei der Mehrzahl der Menschen. Sie führt vor allem auch zu Rufen nach "mehr Staat": Der Staat soll die durch die Inflation verursachten Missstände lindern - durch Mindestlöhne, Mietpreisbremsen, Höchstpreise für Transport und Energie sowie zunehmende Umverteilung von Einkommen und Vermögen. Es ist unschwer erkennbar, dass dadurch die wenigen verbliebenen Elemente des freien Marktes auch noch ausgeschaltet werden. Der Volkswirtschaft gehen daher - zusätzlich zu den Kosten der Kriegsführung - die Potentiale zur Vermehrung ihres Wohlstandes verloren.

Akzeptanz

Die Inflationspolitik, auf die der Staat in Kriegszeiten versucht ist zurückzugreifen, ist aus einem weiteren Grund höchst problematisch: Sie erleichtert es dem Staat, den Bürgern und Unternehmern die Kosten der Kriegsführung auferlegen zu können, und sie schmälert deren Widerstand gegen den Krieg.

Die Vermehrung der Geldmenge aus dem Nichts scheint schließlich niemandem etwas wegzunehmen - im

Vergleich zu einer Erhöhung der Mehrwert- und/oder Einkommenssteuer -, und folglich bleibt auch der Widerstand in der Öffentlichkeit gegen die Kriegswirtschaft gering. Die Ursache der Inflation lässt sich meist gut verschleiern: Man verweist auf "andere Faktoren", die die Inflation verursachen, die aber leider nicht im eigenen Einflussbereich liegen.

Das wiederum erlaubt es der Regierung, den (Angriffs- oder Verteidigungs-)Krieg länger und härter zu führen, als es der Fall wäre, wenn die breite Bevölkerung nicht über die wahren Kosten, die die Kriegsführung hat, hinweggetäuscht würde. In diesem Zusammenhang führt die inflationäre Geldmengenvermehrung zu einer besonders bedrückenden Folge: der alles beflügelnden Kriegskonjunktur, in der so mancher den Kriegsfortgang zu akzeptieren beginnt.

Gäbe es keine Geldmengenvermehrung, wäre sofort offensichtlich, dass die erhöhte Nachfrage nach Kriegsgütern die Nachfrage nach Konsum- und Produktionsgütern zurückdrängt. Es stellt sich eine unübersehbare Verschlechterung der materiellen Versorgung für die breite Öffentlichkeit ein.

Wenn aber die Kriegsproduktion mit der Ausgabe von neuem Geld finanziert wird, dann ändert sich das Bild. Die Nachfrage nach Kriegsgütern verdrängt zunächst nicht die Produktion anderer Waren, sondern sorgt für eine "Sonderkonjunktur", führt die Volkswirtschaft in eine Überlastung. Die Geschäfte der Firmen laufen gut, die Lage auf dem Arbeitsmarkt sorgt für eine hohe Beschäftigungslage (zumal viele Männer, die zur Front eingezogen werden, am Arbeitsplatz fehlen, und Forderungen nach höheren Löhnen durchsetzbar werden). In einer durch Ausgabe von neuem inflationären Geld angestoßenen Sonderkonjunktur schwindet der öffentliche Widerstand gegen die Kriegswirtschaft, gegen die Kriegstätigkeit.

Die Vermehrung der Geldmenge macht die Volkswirtschaft jedoch nicht reicher, mit ihr ist keine Erhöhung des Angebots von Waren und Diensten verbunden. Sie sorgt lediglich für eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen: Einige gewinnen, andere verlieren. Gewinner finden sich beispielsweise in den Unternehmenssektoren, in denen die für den Krieg benötigten Güter erzeugt werden.

Sie sind diejenigen, die zuerst von der neu geschaffenen Geldmenge abbekommen und sie als erste für Nachfragezwecke einsetzen können. Sie können den unweigerlich steigenden Güterpreisen besser entkommen als die Menschen in denjenigen Sektoren, die erst zu einem späteren Zeitpunkt an das neue Geld gelangen, oder die gar nichts von der neuen Geldmenge abbekommen.

Insgesamt sorgt die Inflation jedoch für eine Verarmung der Volkswirtschaft. Beispielsweise indem sie Kapitalverzehr verursacht. Unternehmen bilanzieren und rechnen üblicherweise in Nominalwerten. In Inflationszeiten nehmen die nominalen Umsätze zu.

Gleichzeitig gehen die auf Lager liegenden Vorleistungsgüter zu historischen Anschaffungskosten in die Buchführung ein, nicht aber zu den bereits gestiegenen Wiederbeschaffungskosten. Das führt zum Ausweis von "Scheingewinnen". Sie unterliegen der Besteuerung. Dem Unternehmen wird dadurch effektiv eine reale Steuererhöhung auferlegt, und die Steuerabführung verursacht einen Substanzverlust. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen nimmt dadurch ab.

Verschärfung

Die bisherigen Überlegungen über die Kriegswirtschaft treffen auf den Fall zu, in dem der Staat als zusätzlicher und mächtiger Nachfrager in einem ansonsten noch (relativ) ungehemmten Marktsystem auftritt. Dadurch kann er die Effizienz und Erfindungskraft des freien Unternehmertums für seine Ziele bestmöglich einspannen - etwa indem private Firmen neue Waffen, Ausrüstungen und militärische Versorgungstechniken entwickeln und bereitstellen.

Das aber wird nur so lange der Fall sein, wie die militärischen Erfordernisse relativ gering sind im Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Produktion. Wächst sich der Güterbedarf für die Kriegsführung aus, und gelangt der Staat unter den herrschenden Bedingungen nicht an die von ihm gewünschten Kriegsgüter, ist absehbar, dass er Wirtschaft und Gesellschaft seinen Zwecken immer stärker unterstellen wird.

In der ersten Stufe wird der Staat eine Befehls- und Lenkungswirtschaft herbeiführen wollen. Das heißt im Kern, der Staat belässt den Unternehmern das Eigentum an ihren Produktionsmitteln (Vorprodukten, Werkzeugen, Produktionsstätten etc.).

Gleichzeitig diktieren er ihnen jedoch, was wann wie und in welcher Menge zu produzieren ist, und wie hoch die Löhne auszufallen haben, in welcher Höhe Dividenden gezahlt werden dürfen etc. Die Unternehmer sind nur noch rechtlich-formal Eigentümer ihrer Produktionsmittel. Wirtschaftlich gesehen sind sie zu

Befehlsempfängern degradiert, von staatlicher Obrigkeit bestimmte Betriebsführer. Die Möglichkeit, unter den gegebenen Bedingungen noch Gewinn erzielen und das Eigentum erhalten zu können, hält jedoch die Anreize für die Firmeninhaber aufrecht, so effizient wie möglich weiteruproduzieren.

Der Schritt von der Befehls- und Lenkungswirtschaft in den Kriegssozialismus ist dann nur noch ein ganz kleiner. Er wird dann vollzogen, wenn der Staat die Firmeneigentümer enteignet, ihre Firmen verstaatlicht.

In der Befehls- und Lenkungswirtschaft haben die Marktpreise ihre volkswirtschaftliche Funktion, knappe Ressourcen in die dringendsten Verwendungen zu lenken, bereits weitestgehend eingebüßt. Das Bestehen des Privateigentums hält jedoch die Firmen an, mit den knappen Mitteln bestmöglich zu wirtschaften. Weil aber die Marktpreise bereits in ihrer Signalfunktion stark beeinträchtigt sind, ist das Chaos in der Wirtschaftsrechnung bereits vorprogrammiert: Fehlinvestitionen, nicht realisierbare Produktionsvorhaben sind an der Tagesordnung.

Wenn der Staat dann auch noch die Firmen nach und nach verstaatlicht, ihre Eigentümer enteignet, dann wird nach und nach der Sozialismus errichtet, so wie er in ökonomischen Lehrbüchern richtigerweise definiert wird:

Sozialismus ist ein Wirtschaftssystem, in dem die Produktionsmittel verstaatlicht sind. Spätestens dann machen sich auch alle wirtschaftlichen Defekte, die die Ökonomik am Sozialismus festgestellt hat, unvermindert bemerkbar. Spätestens dann gehört der Mangel für die Bevölkerung zur tagtäglichen Erfahrung. Man sollte auch das Argument sorgfältig abwägen, dass ein Kriegssozialismus nur von vorübergehender Natur sei, dass er wieder beendet wird, sobald die Notlage vorbei ist; er sei nur eine "Übergangswirtschaft".

Denn man muss in Rechnung stellen, dass sich mitunter Beharrungskräfte zeigen werden, die sich gegen einen Rückbau des Kriegssozialismus aussprechen: Viele Unternehmen würden Aufträge und Gewinne verlieren, viele Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze und Einkommen, viele ihren Einfluss in Regierung und Bürokratie. Je weiter der Kriegswirtschaft, der Kriegssozialismus fortgeschritten waren, je länger sie angedauert haben, desto höher werden auch die volkswirtschaftlichen Kosten ausfallen, sie zu beenden und zu normalen Verhältnissen zurückzukehren.

...

Die voranstehenden Gedanken mögen genügen, um zu verdeutlichen, welche ökonomischen Probleme und Kosten eine Kriegswirtschaft nach sich zieht (die zusätzlich zum akuten menschlichen Leid entstehen, die kriegerische Auseinandersetzungen immer zur Folge haben). Das Grundübel ist der Krieg. Ihn gilt es zu verhindern, und dort, wo er ausgebrochen ist, so rasch wie möglich zu beenden. Dass dabei der eine den anderen besiegt, wird aber nicht ausreichen, Frieden dauerhaft in die Welt zu bringen.

Das wusste bereits der Königsberger Philosoph Immanuel Kant (siehe das Zitat am Anfang dieses Artikels). Der Ökonom Ludwig von Mises (1881-1973) sagte es so: "Den Aggressor zu besiegen ist nicht genug, um ewigen Frieden zu schaffen. Die Hauptsache ist die Ideologie zu verwerfen, die den Krieg heraufbeschwört."

© Prof. Dr. Thorsten Polleit
Auszug aus dem Marktreport der [Degussa Goldhandel GmbH](#)

¹ Siehe [The Jamestown Foundation](#), 31. Oktober 2022.

² Siehe [ZDF](#), 1. Februar 2023.

³ Siehe [Bild](#), 21. November 2022.

₼ Siehe [Merkur](#), 26. Januar 2023.

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinen](#).